

Freiburg, den 27. Mai 2009

Gemeinsame Stellungnahme zur Debatte um die Sperrung von kinderpornografischen Internetseiten

Mit Sorge verfolgen Kinderrechtorganisationen die Debatte um die Sperrung von Internetseiten, die Kinderpornografie verbreiten, mahnen zur Versachlichung der Debatte und rufen dazu auf, gemeinsam an der systematischen Verbesserung des Kinderschutzes zu arbeiten*:

Kinderpornografie muss auf allen Ebenen bekämpft werden - auch im Internet

„Die Zurschaustellung von Filmen und Fotos, auf denen Kinder missbraucht und gequält werden, verletzt die Würde der Opfer ein weiteres Mal. Sexueller Missbrauch findet nicht im Internet statt, aber die Verbreitung des Materials über das Internet beutet diese Kinder und Jugendlichen zusätzlich aus. Ziel muss sein, die sexuelle Ausbeutung von Kindern zu stoppen – dazu gehört auch die Verbreitung der Bilder dieses Missbrauchs.

Kinderschutz und Informationsfreiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten die aktuelle öffentliche Diskussion für wichtig. Sie trägt zur Sensibilisierung für das Thema bei und sollte sachlich geführt werden. Sie darf aber nicht dazu führen, dass wirksame Maßnahmen gegen diese Form der Ausbeutung von Kindern unterbleiben. Wir Kinderrechtsorganisationen appellieren an alle Internetexperten, ihr Wissen zu nutzen, um die besten Wege zu finden. Alle, die sich jetzt gegen das Sperren von kinderpornografischem Material im Internet aussprechen, sind aufgefordert, an konkreten Lösungen mitzuarbeiten.

Die grausamen Bilder und Filme kinderpornografischer Ausbeutung lassen sich mit Hilfe des Netzes schneller und weiter verbreiten als jemals zuvor – auch wenn andere Verbreitungswege (MMS-Botschaften oder der alte Postweg) hinzukommen. Wurden 1998 im US-amerikanischen „Child Victim Identification Program“ des „National Center for Missing and Exploited Children“ bereits 100.000 „child abusive images“ (Abbildungen kinderpornografischer Ausbeutung) im Netz registriert, war diese Zahl Ende 2008 auf 15 Millionen gestiegen. Die Kriminalstatistiken verzeichnen einen konstanten Anstieg beim Besitz, der Beschaffung und Verbreitung von Kinderpornografie. Erschreckend ist auch die hohe Nachfrage nach diesem Material: Ermittlungen des LKA Bayern im August 2008 ergaben z.B., dass auf EINE kinderpornografische Internetseite mehr als 48.000mal im Monat zugegriffen wurde. Die Nachfrage bestimmt das Angebot und hinter DIESEM Angebot stehen ausgebeutete und gequälte Kinder aus aller Welt.

Es ist klar, dass „Stoppsschilder“ die sexuelle Ausbeutung von Kindern nicht verhindern. Aber sie erschweren die Verbreitung der Bilder und sensibilisieren die Öffentlichkeit für diese Verbrechen. Derzeit wird immer wieder angeführt, die geplanten Sperren seien leicht zu umgehen. Das kann aber nur bedeuten, effizientere Mechanismen zu fordern, Ausnahmen auszuschließen und den bisherigen Gesetzentwurf entsprechend zu verbessern. Internetexperten sollten sich herausgefordert fühlen, bei der Suche nach besseren technischen Lösungen zur Eliminierung der Missbrauchsbilder mitzuwirken und die Strafverfolger bei der Ermittlung der

Erstunterzeichner der Erklärung sind: ECPAT Deutschland, Dt. Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk, Innocence in Danger, Save the Children Deutschland und UNICEF

Täter zu unterstützen. Auf keinen Fall können wir hinnehmen, dass Bilder, auf denen Kinder oft regelrecht gefoltert werden, ungehindert im Netz kursieren.

Wir fordern dringend weitere wirksame Maßnahmen, um das Recht aller Kinder auf Schutz vor Ausbeutung und Gewalt durchzusetzen. Opfer müssen identifiziert und für sie bestimmte Hilfsangebote abgesichert und ausgebaut werden. Kinder, Jugendliche und Eltern müssen sensibilisiert werden. Wir brauchen eine Strafverfolgung über nationale Grenzen hinweg. Dazu müssen internationale Standards geschaffen werden – wie sie auf dem dritten Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in Rio de Janeiro 2008 gefordert wurden. Wir müssen die sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Jungen an der Wurzel bekämpfen.

Fest steht: Bislang reicht der Schutz für Kinder vor Ausbeutung nicht aus - wir alle sind in der Pflicht dies zu ändern!“